

Laibacher Zeitung.

Nr. 270.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 23. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr., 2m. 80 kr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedem. 30 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Oktober d. J. den Domherrn des St.-Pöltnner Kathedralepitels Matthäus Binder zum Bischof von St.-Pölten allernädigst zu ernennen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. November d. J. die Dechante und Stadtpfarrer zu Wolfsberg und Bölkermarkt Rudolf Gussenbauer und Andreas Allantschitsch zu Ehrendomherren des gurker Kathedralepitels allernädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. November d. J. den Supplenten des Bibelstudiums des neuen Bundes an der theologischen Facultät und Studienpräfekten im f. b. Priesterhause zu Graz Dr. Franz Pöhl zum ordentlichen Professor des Bibelstudiums des neuen Bundes und der höheren Exegese an der Universität in Graz allernädigst zu ernennen geruht. Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. November d. J. dem pensionierten Director der städtischen Buchhaltung und gewesenen Docenten der Staatsrechnungs-Wissenschaft Rudolf Demel in Triest den Titel eines kaiserlichen Rethes mit Nachdruck der Taten allernädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat den Herren Dr. Rudolf Geitler Edlen v. Armingen, Anton Langer und Dr. Candidus Klug die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma "Aquarium- und Terrarium-Gesellschaft zu Wien" mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Othmar Nohr und Julius Falowey die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma "Erste österreichische Gesellschaft für Zu-, Um- und Konservierungsbauten" mit dem Sitz in Wien ertheilt und deren Statuten genehmigt.

Am 21. November 1872 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die Stücke LVI und LVII des Reichsgesetzesblattes — vorläufig bloss in der deutschen Ausgabe — ausgegeben und verendet.

Das LVI. Stück enthält unter Nr. 157 den Vertrag vom 18. November 1871, abgeschlossen von der k. k. Regierung einerseits und von der Dampfschiffahrt-Unternehmung des österreichisch-ungarischen Lloyd andererseits, wegen Besorgung des Seepostdienstes.

Das LVII. Stück enthält unter Nr. 158 die Concessionsurkunde vom 6. Oktober 1872 für eine Locomotivewiesenbahn von Troppau über Neutitschein bis an die mährisch-ungarische Landesgrenze am Blatna-Passe in der Richtung gegen Trentschin.

(Dr. Btg. Nr. 267 vom 21. November.)

Nichtamtlicher Theil.

Um einen reichlicheren Nachwuchs bergtechnisch gebildeter junger Männer für die Verwaltung der Staatsbergwerke zu gewinnen, werden künftig mit gutenzeugnissen versehene absolvierte Bergakademiker als Bergwesens-Eleven mit jährlichen Adjutaten von 500 fl. und 600 fl. und überdies im Falle des Bedarfs als Bergprakticanten auch solche junge Männer aufgenommen werden, welche zwar mit genügendem technischen Wissen ausgerüstet sind, aber noch nicht die vollständige bergakademische Ausbildung erlangt haben.

Bergprakticanten werden, nachdem sie die Bergakademie mit gutem Erfolge absolviert haben, als Bergwesens-Eleven bestellt, und es ist die Zahl der letzteren dermal auf 32, wovon 12 für den Dienst bei den Salinen, festgesetzt.

Vom Tage.

Se. k. und k. Apostolische Majestät sind am 20. d. aus Ungarn nach Wien zurückgekehrt.

Das "Neue Fremdenblatt" hüpft an diese Thatsoche die Meldung, „dass gleichzeitig auch Graf Androssy, der seit der Delegationseröffnung sein Palais am Ball-

hausplatz nicht gesehen, seinen Sitz wieder bleibend in Wien aufzuschlagen wird. Die Regierungsmaschine wird dadurch in ein rascheres Geleise gerathen und namentlich dürfte in den inneren Angelegenheiten, wozu wohl hauptsächlich die Wahlreform zu rechnen, ein rascherer Fortgang bemerkbar werden.“

Der wiener Correspondent des „P. U.“ schreibt: „Die feudalen Organe geben sich den Anschein, als würden sie von der Hiebekunst des Kaisers eine für sie günstige Wendung der Situation erwarten können. Worauf sich diese Hoffnung stützt, wird von dieser Seite nicht angekündigt, allein man gibt zu verstehen, dass die Vorgänge in Tirol zu dieser Annahme einige Berechtigung bieten. In dieser Richtung, sollte man glauben, werden die verfassungsfeindlichen Elemente der „über besonderen Allerhöchsten Auftrag“ erfolgten Schließung des tiroler Landtages geeignete Anhaltspunkte finden, selbst wenn sie, angefeiert durch den Unmuth der verfassungstreuen Presse, in dem Verlaufe der tiroler Affaire eine Ermutigung für ihre Bestrebungen erblicken wollen. Sollte sich übrigens die Meldung bestätigen, dass die Hiebekunst Sr. Majestät des Kaisers der endgültigen Feststellung der Vorlagen für den Reichsrath und darunter in erster Linie der Wahlreform-Vorlage gilt — eine Meldung, deren Richtigkeit von den verschiedensten Seiten constatiert wird —, dann ist es geradezu unbegreiflich, wie die Feudalen aus dieser Reise für sich Kapital schlagen wollen, davon ganz abgesehen, dass der Kaiser die Residenz wird wohl betreten können, ohne gleich von den Feudalen für ihre Zwecke förmlich reklamiert zu werden. In der Situation selbst hat sich nicht viel geändert. Die verfassungstreue Presse grossi noch immer wegen Innsbruck, obgleich ihr die Haltung der verfassungsfeindlichen Organe einige Beruhigung über die angebliche „Schwäche“ der Regierung gewähren sollte, denn von einem Triumphgeschrei und Achselhören, das einige liberale Organe ohnungslos schon anstimmen sahen, ist nicht viel zu spüren, da selbst die entarteten Organe der Föderalistenteil über den Austritt der Vornahme der Reichsrathswahl durch die tiroler Ultramontanen in empfindlicher Weise zu stolpern sich genötigt sehen, und dieses sie in ihrem Siegeslaufe wesentlich hemmt. Aus Lemberg liegen gar keine Nachrichten von Belang vor. Von der Adresse ist es stiller geworden, dagegen liegen Symptome vor, dass der Antrag auf Einführung directer Wahlen dort sehr bestimmte und im polnischen Club zu sehr erregten Debatten über die Opportunität des Adressantrages geführt haben soll.“

Die galizische Adresse.

Der galizische Landtag fühlt wieder einmal das Bedürfnis, seine Wünsche in Form einer Adresse an den Stufen des Allerhöchsten Thrones niederlegen. Der fragliche Adressenentwurf lautet:

„Euer Majestät, gnädigster Herr und Kaiser!

Der Landtag des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau bringt an den Stufen des Allerhöchsten Thrones den Ausdruck seiner Ehrfurcht und Treue dar und auf Höchstidero bewährte Hand vertrauend, wendet er seine Blicke zu Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät, von da Schutz und Hilfe erwartend mitten in den Bedrängnissen dieses Landes.

Bor vier Jahren hat es der Landtag ausgesprochen, was ihm als Grundlage und Bedingung eines wahrhaftigen Gedehens des Landes erscheine; dies hat er bei jedesmaligem Zusammentritte wiederholt, der Bewirkung seiner Wünsche vergeblich entgegensehend.

Die von Euer Majestät bei der Eröffnung des Reichsrathes im vorigen Jahre ausgesprochenen Worte lösten uns die zuversichtliche Hoffnung einer baldigen befriedigenden Erledigung dieser sich so lange hinschleppenden Angelegenheit ein, indem Euer Majestät dieselbe unter den allerwichtigsten Staatsbedürfnissen hervorzuheben gruben, und die gleichzeitig betonten Bedingungen der Einheit und Machtstellung der Monarchie ja keine Gegner bei uns haben, sondern an uns stets die eifrigsten und überzeugungstreuesten Verfechter fanden und finden werden.

Zu unserem um so grösseren Leidwesen sehen wir, dass ungeachtet unserer unablässigen Bestrebungen diese sowohl für unser Land, als für die Regelung der Beziehungen der Gesamtmonarchie gleich wichtige Frage auf Voreingenommenheit und Schwierigkeiten sitzt, welche

Euer kais. und königl. Majestät hochherzige Absichten vereiteln können und der Befriedigung unserer Bedürfnisse hindernd entgegenstehen. Unterdessen erleidet unser Land immer grösseren Schaden dadurch, dass die engen und unklaren Grenzen seiner Autonomie die Einführung seines Zuständen, Sitten und Bedürfnissen entsprechender Gesetze und Einrichtungen nicht gestatten und das fortwährende Provisorium, die Unsicherheit der Gesetzsauslegung und die Kompetenzstreitigkeiten sowohl die legislative, als auch die administrative Thätigkeit in allen Bereichenlahmlegen. Die in Aussicht gestellten Vorlagen über directe Wahlen haben die verschiedenartigsten Ansichten, Vermuthungen und Besorgnisse hervorgerufen.

Unserem Landtag steht das durch Euer Majestät im Landesstatute verbriezte Recht zu, Abgeordnete in den Reichsrath zu wählen.

Dieses Recht des Landtages ohne seine Zustimmung antreten zu wollen, hieße die Grundlagen der bestehenden Staatsordnung untergraben und den Glauben an das Verfassungsrecht erschlütern.

Auf Euer Majestät Huld und Gerechtigkeit bauend, empfehlen wir das Land, allernädigster Herr, Höchstidero kaiserlichem Schutz und bitten Gott, dass er Euer kaiserliche und königliche Majestät schützen und erhalten möge.“

Die öffentlichen Stimmen säumen nicht, dieses Schriftstück einer kritischen Beleuchtung zu unterziehen. Die „Tagespresse“ äußert sich, wie folgt:

„Wenn der galizische Landtag dem Monarchen zu muthet, auf Forderungen einzugehen, welche die gegenwärtige Regierung als absolut unerfüllbar bezeichnet hat, so verlangt der Landtag damit die Entlassung des Ministeriums Auersperg und er stellt sich zugleich in einen flagranten Widerspruch zu der Verfassung, in deren Rahmen die Bewilligung der Resolutionen unmöglich ist. Die Adressantin sagen freilich in demselben Atemzuge, mit dem sie die Resolution antun, dass die Staatsmachtsstellung und Reichseinheit in Galizien nicht nur keine Gegner, sondern bereitwillige, tief überzeugte Vertheidiger habe. Aber wenn die Polen sich selbst mit dieser reichstreuen Sicherung meinen, so steht ihre politische Haltung damit in starkem Widerspruch. Die Reichseinheit im Munde und die Resolution im Herzen, das ist die politische Signatur der gegenwärtigen galizischen Landtagsmajorität. Natürlich kommt die Adresse auch auf die Schmerzen zu sprechen, welche den Polen die bevorstehende Wahlreform verursacht. Das landtägliche Recht der Reichsraths-Beschickung, das schon längst allen Nimbus verloren hat, wird aufs neue wieder als eine durch das Landesstatut für ewige Zeiten garantierte Prerogative des galizischen Landtages hingestellt, an welcher ohne ausdrückliche Zustimmung des Landtages nicht gerührt werden darf. Die Polen gehen dabei so weit, dass sie die beabsichtigte Wahlreform als einen Versuch bezeichnen, die bestehenden Grundlagen der Ordnung zu vernichten und das Verfassungsrecht zu untergraben. Wenn sich die Polen die Sache wirklich so schlimm vorstellen, warum sind sie dann nicht auf die Anerkennungen des Verfassungsausschusses eingegangen, bei welchen bekanntlich die Frage der Reichsrathsbesetzung offen gelassen war und bei nur halbwegs entgegenkommender Haltung der Polen auch wohl bereitwillig in ihrem Sinne entschieden werden konnte. Aber die lembberger Herren wollen eben nur nehmen und gar nichts geben, und wenn auf dieser Grundlage kein Compromiss zu stande kommt, dann schreien sie über Bedrückung und Bergewaltigung.“

Möchten sie doch die Worte beherzigen, welche ihnen ihr Stammesgenosse Kraszewski in dem soeben veröffentlichten „polnischen Programm für das Jahr 1872“ von Posen aus zuruft. Der berühmte Schriftsteller sagt: „Die Änderung, welche in unserer Politik im Jahre 1872 vorgenommen muss, beruht hauptsächlich in dem endlichen Aufhören von Protesterhebungen und lamentieren, im Übergehen vom Worte zur That. Diese That muss die innere Wiedergeburt, die Kräftigung der Existenz, das Erhalten unserer Nationalität sein. Die unfruchtbaren Manifestationen sind abgenutzt, die Proteste veraltet und die Zeiten der lüftlichen Aufregung eines lärmenden Patriotismus sind vorüber.“ Kraszewski räth seinen Landsleuten zu arbeiten, sich zu sammeln, alle Conflikte zu vermeiden, welche keinen Nutzen bringen und die Kräfte absorbierten.“

Der Action der Landtage.

(20. November.)

Niederösterreich. Die verschiedenen Ausschüsse verarbeiten das vorliegende reiche Material.

Oberösterreich. Ueber die Regierungsvorlage wegen des Schutzes der Bodenicultural gegen Insectenverherrungen wird nach langer Debatte mit 23 gegen 20 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Die Vereinigung des Landfonds, Schulfonds und Schuldenfonds wird angenommen und der Landesausschuss beauftragt, das nächste Preliminare danach einzutragen und entsprechende Anträge zu stellen. Der Landesausschussbericht über die Reorganisation der Ackerbauschule wird dem Schulausschuß zugewiesen.

Salzburg. Die Bauordnung für die Landeshauptstadt Salzburg wurde durchberaten und angenommen; der Strafengesetzwurf wurde bis § 16 beraten und angenommen.

Steiermark. 37 Gemeinden petitionierten um die Aufhebung des Legalisierungswandes. Dr. Bosnjak interpellierte den Statthalter, warum die sprachliche Gleichberechtigung in Schule und Amt in den sozialistischen Bezirken der Steiermark noch nicht durchgeführt wurde und warum die Professoren Pöhl und Schumann vom Gymnasium in Marburg entfernt wurden. Baron Rast interpellierte wegen Nichtzurückziehung des Professors Winter zu den Sitzungen des Landesschulrates und fragt, ob die Regierung diese Verfügung rückgängig machen wolle. Der Statthalter antwortet sofort in entschiedener Weise und betont, daß die Regierung die besagte Verfügung nicht rückgängig machen werde. (Von mehreren Seiten Bravo.)

Sachsen. Der Erlass eines Feuerpolizeigesetzes wird beschlossen und ein eigener Ausdruck hiefür gewählt. Vor dem Wahlberichte über die Wahl des Abg. Swiezy (polnischer Landmann) ist eine Vorbesprechung nötig; dieser Gegenstand wird deshalb von der Tagesordnung abgesetzt.

Böhmen. Die Regierungsvorlage betreffs theilweiser Änderung der Schulaufsichtsgesetze wird der bereits bestehenden Unterrichtskommission zugewiesen. Für die Regierungsvorlage betreffend die Realschulen wird eine neungliedrige Commission gewählt. Der Vorschlag des Normalfonds für 1873 wird der Budgetcommission zugewiesen. Der Commissionsentwurf betreffend das Schubkosten-Gesetz wird in dritter Lesung angenommen. Hierauf motiviert Pickert in längerer Rede seinen Antrag wegen Steuerbefreiung der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, und wird zur Befragung dieses Antrages eine neungliedrige Commission gewählt. Der Antrag der Budgetcommission betreffend die Restaurierung der Burg Karlstein wird nach warmer Besprechung durch den Domherrn Zintl angenommen. Hierauf Commissionswahlen.

Mähren. Eichbold legt sein Reichsrathsmandat nieder. Weber interpellierte den Statthalter, ob er wegen der Hinterhaltung der Choleragefahr durch die Mährer durchziehenden Rekrutentransporte aus Galizien das Geeignete zu verantlösen gedenke. Der Statthalter verspricht sofortige Einleitung von Erhebungen. Die Anträge betreffs Begründung der Folgen der Grundsteuer-Regulierung auf das Landeswohl so wie wegen Übernahme des Vermögens der Pfarr-Armeninstitute in die Gemeindeverwaltung werden nach erfolgter Begründung durch die Antragsteller an Ausschüsse gewiesen. Ein Dringlichkeitsantrag, die Reorganisation des brünner Polytechnicums dem Reichsrathe zu überlassen, wird mit der diesbezüglichen Regierungsvorlage an den Schulausschuss überwiesen.

Feuilleton.

Ein Fürstensohn.

Novelle von Carit Etzar.

(Fortsetzung.)

"Ist hast du deine Probe bestanden," sagte sie, "wer kann wissen, wozu sie diente. Churfreitag wähnte nie so lang, daß Oster nicht demselben folgte."

Garre begriff ihre Worte nicht, er betrachtete verwundert ihre nassen, glänzenden Augen. Das was er gesah, erschien ihm so natürlich. Ist schritt Sille neben Garre her, allein seit diesem Tage war ihr Wesen gegen ihn bedeutend verändert, er fand jetzt in ihr eine zärtliche Mutter, während sie früher seine Herrin gewesen war. Bald darauf begegneten sie einer anderen Abteilung Zigeuner, die denselben Weg einschlugen, den Sille verfolgte. Sie verstand auch hier sich Respect zu verschaffen. Ihrem Befehle folgten alle ohne Widerrede.

Eines Abends erreichten sie einen großen Hof, der auf einer von Wäldern und lichten Flächen umkränzten Anhöhe lag. Als Sille denselben erblickte, schien sie vor Freude ihre Hände zusammen und schien den Ort genau zu kennen. Doch äußerte sie sich nicht darüber, sondern meinte nur, es sei am besten, hier bis zum nächsten Tage zu verweilen. Die Zigeuner hatten einen weiten Weg zurückgelegt und diesmal nur wenig zu essen bekommen, da ihre Körper leer waren. Aus diesem Grunde drangen die drei Männer tiefer in den

Istrien. Die Gesetzentwürfe betreffs der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonals so wie wegen Einrichtung und Schaltung der Schulen wurden endgültig angenommen.

Journalstimmen über den Excess im ungarischen Abgeordnetenhouse.

Die Mehrzahl der verfassungstreuen Journale constatieren die Solidarität zwischen der Deakpartei und den Verfassungsfreunden; sie wünschen der ersten ein siegreiches Hervorgehen aus dem Kampfe, der ihr von der Linken im Bunde mit noch anderen Gegnern aufgedrängt worden.

Das „R. Gedl.“ bemerkt zu dem parlamentarischen Skandale, „daß der wütige Esenatony, wenn er auch nur seinen persönlichen Gelüsten folgt, doch eigentlich die Schäfte anderer verträgt, daß er eigentlich für niemand anderen als Sennyay arbeitet, das wird allgemein als richtig anerkannt. Die Deakpartei wird berathen, was in der gegenwärtigen Lage zu thun. Das Land erwartet, daß es eine ganze That sein werde, geeignet, Rucht und Ordnung im ungarischen Parlamente wiederherzustellen.“

„Pesti Naplo“ schreibt an leitender Stelle: „Von Seiten des Präsidenten war es eine große Nachsicht — und das ganze Haus ist übrigens von derselben nicht freizusprechen —, als es Esenatony von Dingen sprechen ließ, die nicht zur Tagesordnung gehörten, indem dieser, anstatt eine einfache Motivierung seiner Meinung über die in der Brigittatini'schen Angelegenheit erhaltenen ministerielle Antwort zu geben, gegen das Vorgehen der Regierung eine Philippica zu halten begann und später gar die Discussion auf ein Gebiet führte, das mit dem auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände auf nicht in der geringsten Verbindung war. Aber der Präsident setzte seinem Versäumnis noch die Krone auf. Als Esenatony seine Worte „interpretierte“, damals hätte ihn der Präsident da auf aufmerksam machen sollen, daß jedem Abgeordneten das Recht zustehe, selbst einen Antrag auf Berichtigung in den Anklagestand einzubringen, wenn er ihn begründet sieht; der Abgeordnete habe aber kein Recht, das Haus durch allgemein gehaltene Verdächtigungen zu schänden. Eine derartige Ausübung des Präsidenten würde allseitigem und allgemeinem Beifalle begegnet sein. Diese Ausübung wäre zugleich eine Antwort auf die Verdächtigungen gewesen, und der Ministerpräsident wäre nicht in die Lage gekommen, im ersten Augenblitc der Aufregung und so würdiger Indignation das Wort ergreifen zu müssen.“

Der „Ung. Lohr“ schließt seinen Leitartikel mit nachstehenden Sätzen: „So lange nur solche Beschuldigungen in solcher Form gegen den Großen Vonyay vorliegen, wie sie heute Herr Ludwig v. Esenatony nach den Gewohnheiten leichtfertiger Redebübung hingeworfen hat, wird die Achtung des Hauses vor jenem nicht erschüttert werden; werden klare und deutliche Thatsachen gegen den Ministerpräsidenten angeführt, geeignet, ihn zu überführen, dann wird derjenige Theil der Presse, welcher in den Reihen der Deakpartei für dieses Land und seine Interessen kämpft, keinen Augenblick anstecken, sich von dem Manne loszusagen, der jetzt und bis auf weiteres noch immer der Bravourmann der Deakpartei und der aus ihrer Mitte hervorgegangene Ministerpräsident des ungarischen Staates ist.“

Diesen Journalstimmen wollen wir noch anfügen, das in der am 20. d. stattgefundenen Sitzung des Deak-Klubs folgender Beschlusshantrag Kortizius', welcher mit Zustimmung der Regierung und Deaks eingebracht wurde, angenommen wurde: „Nachdem im Verlaufe der

frühesten Session die Hausordnung sich vielfach als mangelhaft erwiesen hat; der Vorfall am 18. November, namentlich die von einem Mitgliede vorgebrachten grundlosen Verdächtigungen die Würde des Hauses tief verletzt und die Hausordnung keinen genügenden Modus bietet, um denselben gebührend zu begegnen und ähnlichen Fällen vorzubeugen: möge das Abgeordnetenhaus eine Neuner-Commission entsenden, welche die Hausordnung zu revidieren und Verbesserungsvorschläge zu machen hätte.“ Balzogh beantragt folgenden Zusatz, welcher auf Fürsprache Franz Bulszky's angenommen wird: „Das Ministerium wird angewiesen, bezüglich Änderung des 1848er Gesetzes Art. 4, § 14, wonach die Hausordnung nur am Schlusse der Session revidiert werden kann, höchstens einen Gesetzentwurf einzubringen.“

Der Action in Preußen.

Der Cultusminister legte in der Abgeordnetenhaus-Sitzung am 20. d. M. einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Sach- und Buchmittel. Sodann begann die erste Berathung der Kreisordnung. Groß Redner sind für dieselbe, dreizehn dagegen eingeschrieben. Nachdem Blonckburg für und Szuman und Mallinckrodt gegen die Vorlage gesprochen, erklärt der Minister des Innern gegen die Ausführungen des letzteren, die Regierung müsse auf dem Ausschluß der Provinz Posen von der Kreisordnung bestehen, weil sie nicht den Ungehorsam organisieren wolle. Der Minister sagt schließlich, das Interesse für das Zustandekommen des Gesetzes habe ihn berechtigt, Mahnungen an das Herrenhaus zu richten; über die Zulässigkeit eines Paterschubes könne er sich im Abgeordnetenhaus nicht interpellieren lassen, ebenso wenig wie ihm einfallen würde, Rede zu ziehen, wenn er im Herrenhause über die Auflösung des Abgeordnetenhauses interpellierte würde; die Regierung müsse in dieser Beziehung ihren freien Standpunkt wahren.

Journalstimmen über die Botschaft Thiers'.

Die „Provinzial-Correspondenz“ hält die in der Botschaft Thiers' ausgedrückte Befriedigung über die wirtschaftlichen Hilfesquellen Frankreichs für gerechtfertigt. Die nächste Entwicklung in Frankreich werde gewiß die allseitige Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, wenn auch nicht im Sinne der „Huldigung für den Einfluß Frankreichs“, die glücklicherweise einem überwundenen Standpunkte angehört.

„Dritto“ ist mit der Sprache des Präsidenten Thiers sehr zufrieden und sagt: „seit langer Zeit haben wir nicht eine Sprache vernommen, die so weise und praktisch ist, so ganz von den echten französischen Interessen eingeebnet, und den Bedürfnissen des Friedens und der Civilisation entsprechend. Wenn Herr Thiers, welcher seine staatsmännische Laufbahn mit der Präsidentschaft der französischen Republik glorreicher beschließt, weiter nichts gethan als diese Botschaft verfaßt hätte, so hätte er damit allein genug gethan, um als einer der hervorragendsten Staatsmänner unserer Zeit anerkannt werden zu müssen.“

Die „Italia“ schreibt: „Herr Thiers hat sich so klar ausgesprochen, daß man über seine Absichten nicht mehr im Zweifel sein kann. Er hat zwar einer statlichen und unerschütterlichen Monarchie noch ein Hinterthürchen offen gelassen, aber diese Phrase ist nicht der Ausdruck seiner Überzeugung, und er hat sich wahrscheinlich nur so ausgesprochen, um die vernünftigen Mitglieder der Rechten noch auf seine Seite herüberzuziehen. Um die Sache bei ihrem wahren Namen zu

Wald hinein, um etwas zu Abendmahlzeit aufzutreiben. Garre begleitete sie, die Weiber blieben zurück. Sie sachten Feuer an und schnitten Zweige zu einem Hüttentag für die Nacht. Es dunkelte bereits, als die Männer zurückkehrten. Keiner brachte etwas. Die Bauernhäuser lagen weit entfernt und die Schafe hatten sie des strengen Winters halber in den Stall gestrieben. Garre war der letzte. Er schlüpfte einen großen Hund hinter sich her, den er an sich gelockt und hinter einer Hecke erdrosselt hatte. Nun wurde es lebhaft im Lager. Einige streiften das Fell von dem Hunde ab, andere gruben ein Loch in die Erde und machten die Steine am Herde glühend, um das Fleisch zu rösten.

„Welch ein prächtiger Hund!“ sagte Sille, „und Welch ein Fell! das kann fast ein Paar Kleinkleider abgeben.“

„Ja, und eine Pelzmütze obendrein!“ fuhr Garre hinzu. „Die Unfrigen gehen in Polen sämtlich mit Pelzmützen.“

Während sie eifrig beschäftigt waren, das Mahl anzurichten, vernahm man drinnen im Walde ein lautes Geheul. Die Zigeuner lauschten. Sille sah sich um und warf in Eile Garres Sack über das gerödete Thier. Der Laut wiederholte sich bald darauf, diesmal von mehreren Seiten und schien näher zu kommen.

„Eine Koppel Hunde ist uns auf auf der Spur,“ begann ein Zigeuner, „wenn indessen keine Männer kommen, hat es nichts auf sich, wir kennen sie durch brennende Scheite abwehren.“

Er zog mit diesen Worten einen Launenzweig aus dem Feuer und die übrigen folgten seinem Beispiel. Sille dagegen fand es gerathen, in den dichtesten Busch, den sie finden konnte, zu kriechen. Bald nachdem hatten die Hunde das Lager der Zigeuner aufgespürt. Als sie das Blut ihres Kameraden rochen, stießen sie ein durchdringendes Wehabeul aus, wachten es jedoch nicht, sich den Hockeln der Zigeuner zu nähern. Drei bewaffnete Reiter folgten ihnen, jeder hatte eine Hellebarde über die Schulter hängen.

„Sie haben schlimmere Bähne als die Hunde,“ sagte Garre.

Der Vornehmste der Herren sprang vom Pferde und schritt auf den Herd zu, Sille hatte zwar den Hund zugedeckt, allein vergessen, was an einem Stecken über dem Herde zum Trocknen hing. Raum gewährte der Reiter dasselbe, als er zornig aufschrie. Sie verstanden nicht die fremde Sprache, welcher er sich bediente, aber er verstand auch, ohne Worte sich verständlich zu machen. Der Herr zog eine silberne Signalpfeife hervor und blies in dieselbe. Zahlreiche, bewaffnete Diener eilten herbei und bald darauf waren die sechs Zigeuner, mit auf dem Rücken gefesselten Händen an die Schweize der Rossse gebunden.

Sille verkroch sich hinter ihrem Busch. Keiner hatte sie entdeckt, da sie jedoch das Schicksal ihrer Kameraden überlegte, thrilte sie freiwillig deren Los. Nun ging es im scharfen Trab über Schneefelder und das gefrorene Erdreich, die Zweige ersaften in den Engpassen die Kleider der Zigeuner, die Hunde waren ihnen be-

nennen, so ist es eine Art Diktatur, die Herr Thiers, durch die Lage der Dinge genötigt, eine zeitlang übernehmen muß, eine zwar nur moralische, die aber gerade so stark und mächtig ist, als wenn sie aus einem Plebiscit oder aus einem Staatsstreich hervorgegangen wäre. Es ist seine Mission, sich als Schiedsrichter zwischen die extremen Parteien zu stellen, und wenn ihm sein schon ziemlich weit vorgeschriftenes Werk gelingt, so rettet er Frankreich und verdient sich einen schönen Platz in der Geschichte."

Infolge der in der Nationalversammlung gegen die Regierung gesprochenen harten Worte empfing Präsident Thiers am 19. d. abends D. patierte der Linken und drückte den Wunsch aus, infolge seiner angegriffenen Gesundheit die Last der ihm verliehenen, durch das Treiben der Rechten erschwertem Gewalten niederzulegen. Die Übertragung der Gewalt werde, Dank der bewunderungswürdig organisierten, dem Geseze und der Regierung treu anhängenden Armee, ohne Unordnung erfolgen. Er werde nur dann auf dem Platze verbleiben, wenn er ein formelles Vertrauensvotum und die Zusticherung zur Durchführung gewisser Reformen erhalten. Die Rechte beharrt auf ihrem Widerstande gegen die Proklamierung der definitiven Republik, weist aber augenblicklich auch jede monarchische Combination zurück. Die Rechte ist dem Vernehmen nach geneigt, durch besondere Maßnahmen innerhalb der Grenzen des Pactes von Bordeaux die Gewalten Thiers zu bestätigen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 22. November.

In der am 21. d. in Pest stattgefundenen Konferenz der Deaktpartei erklärte der k. ungarische Ministerpräsident Graf von Hay im Namen des Gesamtministeriums, daß er von der beantragten Änderung der Hausordnung die Verhütung ähnlicher Skandale künftig erwarte. Die Versammlung nahm diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis. — Minister Kerkapoly erklärte, die Beendigung der Arbeiten des Finanzausschusses sei unmöglich und dieserwegen die Jammerungs vorlage nötig. — Ueber den Beschluß der Deaktpartei anlässlich des letzten Skandals sagt "Pest Napo", der Beschluß sei genügend, da er für die Zukunft vorsorgt; ein Vertrauensvotum sei nicht nötig, da die Stellung des Ministeriums durch solche Angriffe nicht erschüttert wurde; eine spezielle Misbilligung aber hätte einen neuen Skandal hervorgerufen. Der "Pest Napo" sagt gleichfalls, daß ein Vertrauensvotum nicht nötig sei, da keine politische, selbst nicht eine persönliche Frage vorliege und das Vertrauen der Partei überhaupt nicht erschüttert sei. Der "Ungarische Lloyd" meint, daß neue Hausordnungsparagraphen nichts nützen, eine straffere Parteidisciplin sei nötig. "Korunk" ist selbst mit einer Misbilligung unzufrieden und meint, Esernatony soll Abbitte leisten. "Ellenor" schweigt. "Reform" bringt einen heftigen Artikel gegen Esernatony. Seine ganze Thatigkeit sei eine Reihe von Skandalen. Das genannte Blatt reproducirt sodann die im Jahre 1850 im "Pest Napo" veröffentlichte motivierte Erklärung der pariser ungarischen Emigration, mit welcher die Ausschließung Esernatony's aus der Mitte der Emigration bekanntgegeben wurde. Die "Reform" veröffentlicht den Wortlaut des Ausstozungs-Documents gegen Esernatony. Darin heißt es: Nicht nur wegen Fälschung, für die er die Haft abgesessen hat, nicht nur wegen mehrfachen Diebstahls, wegen fortgesetzter Verleumdung und niedriger Angriffe gegen andere, sondern auch wegen nachgewiesener Spionage.

ständig auf den Fersen. Die Gefangenen ließen hinter den Pferden her, so gut es gehen wollte. Wenn sie fielen oder nicht rasch genug folgten, peitschten ihre Herren unbarmherzig auf sie los. Das half. Garre hielt sich an Silles Seite. Er weinte, es bangte ihm sehr.

"Mutter, Mutter!" flüsterte er in der Sprache seines Stammes, "was soll ich nun thun? Heute Abend gehe ich hinterher, morgen werde ich wahrscheinlich meinen Landsleuten voranschreiten."

"Noch ist keine Gefahr vorhanden," tröstete Sille. Der Abend war düster hereinbrechend, als sie den Hofplatz erreichten. Die Zigeuner wurden in einen Keller getrieben und der Schließer schloß die Thür hinter ihnen mit einer Drohung und Gelerde, die nichts gutes für den nächsten Tag verhieß. Der Keller war rauh und kalt. Als der Mond aufging, schien er durch ein Eisen, in der Mauer angebrachtes Schalldoch zu ihnen hinunter. Die Wände waren von der Feuchtigkeit grün geworden, das Wasser tropste von der gewölbten Decke in schweren Tropfen herab. In einem Winkel lag ein Haufus müffigen Strohs und ein zerbrochener Tisch. Daraus bereitete Sille sich ein Lager. Gaire hatte sich seiner Fesseln entledigt und löste jetzt die übrigen, Sile rupfte das Stroh auseinander und schien über etwas nachzudenken; sie äußerte sich jedoch gegen keinen. Der Knabe schritt im Keller auf und ab, rang die Hände und schlürzte begierig das Wasser von den Steinen, um seinen brennenden Durst zu löschen.

(Schluß folgt.)

nage und Provocation unter dem Deckmantel des Patriotismus wird Genannter ausgestoßen etc."

Der Gesetzentwurf der preußischen Regierung über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Bußmittel bestimmt folgendes: Kein Religionsdiener ist befugt, andere als rein religiöse oder die Entziehung der innerhalb der Religionsgesellschaft wicksamen Rechte betreffende Straf- und Bußmittel anzudrohen, zu verhängen und zu verkünden. Die Verhängung und Verkündung religiöser Straf- und Bußmittel ist verboten wegen Vornahme oder Unterlassung einer durch die Staatsgesetze oder die Obrigkeit angeordneten Handlung, ferner wegen Ausübung einer öffentlichen Wahl oder des Stimmrechtes. Endlich ist kein Religionsdiener befugt, zulässige Straf- und Bußmittel unter Bezeichnung der bestraften Person öffentlich zu verkünden. Zu widerhandelnde werden mit Geldstrafen bis 1000 Thaler oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft; außerdem kann die Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Amtsräume eingeschlossen, bis auf 5 Jahre überkannt werden. — Wegen der Vorbereitungen zum Bairischhub ist ein Arrangement zwischen der Regierung und dem Herrenhaus-Präsidium dahin geschlossen worden, daß das Herrenhaus diesen Monat keine Sitzungen hält.

Der italienische Ministerpräsident Lanza legte einen Gesetzentwurf betreffs des Personales der Gefangenenauffüller und einen statistischen Ausweis über die öffentliche Sicherheit vor. Der Ministerpräsident constatiert die von der Regierung ergripenen Maßregeln wegen Entschädigung der Überschwemmten. Auf eine Interpellation Oliva's erklärt derselbe, daß die öffentliche Sicherheit, namentlich was das Verbrechen des Totschlages betrifft, sich verbessert habe. — Der Justizminister legt den Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften vor. Die Kammer genehmigt so dann einige Rechnungsabschlüsse administrativer Natur. — Die "Italie" veröffentlicht einen Auszug aus dem in der Kammer eingebrochenen Gesetzentwurfe, die religiösen Körperschaften betreffend. Hierach werden die Gesetze aus den Jahren 1866, 1867, 1868 und 1870 betreffs Aufhebung dieser Körperschaften und Convertierung der Güter derselben auf die Provinz Rom angewendet. Die Generalatshäuser jedoch, welche einen General oder Generalprocurator in der Stadt Rom haben, bleiben aufrecht; auch werden die Stiftungsgüter dieser Häuser erhalten, dürfen aber nicht vermehrt werden, und genügen diese Häuser nicht die Rechte von juristischen Personen. Die Güter der aufgehobenen Körperschaften bleiben ihrem ursprünglichen wohltätigen Stiftungsziel erhalten. Die den religiösen Häusern gebürgten Gebäude in Rom bleiben zur Verfügung der Geistlichen bis zur erfolgten Liquidation ihrer Pensionen, die binnen Jahresfrist zu geschehen hat. Die Güter der religiösen Körperschaften in der Stadt Rom werden in öffentliche, unveräußerliche Rente convertiert. Die "Oppozizione" veröffentlicht gleichlautende Meldungen und fügt hinzu, daß das gesammte reine Einkommen der Körperschaften 17,192 000 Francs beträgt.

Die russische Regierung hat in Wien zur Anzeige gebracht, daß sie durch zwei Kriegsschiffe hydrographische Messungen im Schwarzen und im Asowischen Meere vornehmen und in diesen Gewässern dreizehn Leuchttürme errichten läßt.

Die Cabinets von London, St. Petersburg und Berlin haben von der Pforte Ausklärungen, über den Feldzug des Bizekönigs von Ägypten in Ägypten verlangt; die Pforte hat ausreichend geantwortet; allein die bezeichneten drei Märkte sind neuerdings auf den Gegenstand zurückgekommen und haben gleichzeitig einen entsprechenden Schritt bei dem Bizekönig direkt unternommen.

Eine Depesche von Lassels aus Constantinopel meldet, daß zwischen dem Sultan, der Pforte und dem Bizekönig von Ägypten eine vollständige Vereinbarung zur Unterstützung der Suez-Kanal-Gesellschaft erzielt wurde. Lassels erhält eine Abschrift des Protestes der Pforte gegen das Urtheil des Seine-Tribunals.

Uragesneuigkeiten.

(Prinz Alfred von England) hat in Begleitung des Fürsten Metternich das Conservatorium in Wien besucht, alle Einrichtungen desselben besichtigt und eine Stunde lang die einzelnen Vorlesungen angehört.

(Fürst Bismarck) ist, wie der "Kölner Zeitung" von Berlin geschrieben wird, von seinem jüngsten Unwohlsein wieder hergestellt und konnte bereits wieder das Zimmer verlassen.

(Bur Molkerei-Ausstellung in Wien) sind bereits 800 Anmeldungen, darunter 265 für Geräte, eingelaufen. In der jüngsten Sitzung des Ausstellungskomites wurde unter anderem beschlossen, daß die prämierten Aussteller nebst der Medaille noch ein Diplom erhalten.

(Weiblicher Redakteur.) Um einem Bedürfnisse abzuhelfen, ist nun die Tochter des Buchdruckers Herrn Hoffmann in Villach, Fräulein Julie Hoffmann, bei der Behörde um die Bewilligung eingegangen, das im Verlage ihres Vaters erscheinende Blatt "Die Süddeutsche Post" als Herausgeberin und Redakteurin zeichnen zu dürfen.

— (Stadtwerterweiterung in Klagenfurt.) In Klagenfurt beschäftigt man sich außer der Anlehenfrage auch schon angelegentlich mit der Stadtwerterweiterung und bosst, daß durch Neubauten der Wohnungsnot und den hohen Miethpreisen abgeholfen werde.

(Der Savantthalser Zweig-Lehrerverein) petitionierte um die Aufnahme der Landes-Schul-Anleihe. Vierzig Schulgemeinden haben bereits Gesuche um Darlehen für Schulbauten eingereicht.

(Neuer Verein.) Wie das "Pr. Abbl." meldet, ist in Prag gegenwärtig ein Verein im Entstehen begriffen, welcher sich den Zweck gesetzt hat, statt des lästigen Hutabnehmens den militärischen Gruß durch bloßes Anlegen an die Hutkämpe (Salutieren) einzuführen. Der Verein zählt bereits 24 Mitglieder.

(Einbruch im österreichischen Gesandtschafts-Palais in Rom.) Aus Rom wird der "N. Fr. Pr." unter dem 14. d. M. berichtet: "Versessene Nacht brachen im Palazzo di Venezia, dem Palais der österreichischen Gesandtschaft. Diebe ein und versuchten die Türe zum Bibliotheksaal zu erbrechen. Dieselben mußten jedoch unverrichteter Dinge abziehen, da die solide Türe, obwohl sie stark beschädigt wurde, doch allen ihren Bemühungen widerstand."

(Sklavenhandel.) Am 9. d. M. kam ein englischer Dampfer von Malta mit zwanzig Slaven aus Tripolis in Constantinopel an. Der Slavenhandel zwischen Constantinopel und Tripolis via Malta soll gegenwärtig sehr lebhaft sein.

Locales.

Krainischer Landtag.

V. Sitzung.

Laibach, 22. November.

Landeshauptmann Dr. v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten vormittags. Das Haus ist beschlußfähig.

Als Vertreter der Regierung anwesend: k. k. Landespräsident Alexander Graf Auersperg.

Das Protokoll über die letzte Landtagssitzung wird vorgelesen und verificiert.

Der Landeshauptmann theilt mit, daß Ihre Majestät die Kaiserin die Glückwünsche des krainischen Landtages aus Anlaß Höchstes Namensfestes huldreich und dankend annehmen geruht haben.

Die Petition des Herrn Johann Bystodnik um Einrechnung seiner im Staatsdienste zugebrachten Zeit bei Bezeichnung der Pension wird dem Finanzausschuß, die Petition der Ortsgemeinde Adelsberg u. a. Gemeinden wegen Errichtung einer Straße und betreffend die Erfolglosung einer Subvention per 1000 fl. aus Landesmitteln zur Kostenahaltung der Brücken dem Gemeinde- und Straßenausschuß zur Vorerathung, Berichtstattung und Antragstellung zugewiesen.

Die Interpellation des Abg. Dr. Volkmar und Genossen, betreffend die Personenaufnahme am Rudolfsbahnhofe in Laibach, beantwortet der k. k. Landespräsident dahin, daß in dieser Beziehung bereits im Jahre 1871 von mehreren Gemeinden eine Petition im Wege des Landesausschusses an die krainische Landesregierung gelangt ist; daß eine ähnliche Petition auch im Jahre 1872 von den Gemeinden Ober- und Unter-Schäftha der Regierung übergeben wurde; daß beide Petitionen von der Regierung befürwortet dem h. Handelsministerium unterbreitet, daß auch die im September 1. J. von mehreren Gemeinden und einigen Bezirken überreichte Petition, in welcher hervorgehoben wurde, daß auf Grund einer Verordnung vom 1. Juli 1872 die Verkehrsdirektion der Kronprinz-Rudolfsbahn bei Aufnahme von Personen auf dem Bahnhofe in Laibach eine Übergebühr von 50 kr. einhebe, welche Gebührenabforderung jede freiwillige Personenaufnahme illusorisch mache, — von Seite der krainischen Landesregierung befürwortet dem h. Handelsministerium unterbreitet wurde und der Wunsch der Interpellanten durch neuerlichen Bericht hohenorts unterstützt werden.

Die zweite vom Abg. Horak und Genossen eingebaute Interpellation inbetreff der Übertragung des Gerichts- und Steueramtes von Planina nach Voitsch wird der Herr Regierungsvorsteher in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Über Antrag des Abg. Baron Aufsatzern wird die Petition der Gemeinden des Bezirkes Adelsberg wegen Ertrag von Schulosten aus den Händen des Gemeinde- in jene des Finanzausschusses geleitet.

Hierach wird zur Tagesordnung geschritten.

1. Der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Zwangsarbeit-Fondes pro 1873;

2. der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Landeskultur-Fondes pro 1873;

3. der Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Ferienhaus-Bausondes pro 1873;

4. der Bericht des Finanzausschusses über die Voranschläge der krainischen Stiftungsfondes pro 1873;

5. der Bericht des Finanzausschusses über die Nachabschlüsse der krainischen Stiftungsfondes pro 1871,

— werden ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen und genehmigt.

